

Wolfgang Pittkowski:

„Wir werden weniger, älter, bunter ...“ – Was wird aus dem ländlichen Raum?

1. Entwicklungstendenzen: Schrumpfung, Alterung, Unterversorgung

Strukturschwachen ländlichen Räumen, so die einhellige Meinung der Analytiker, geht es nicht gut und wird es auf dem Hintergrund des demographischen Wandels auch in Zukunft nicht besser gehen. Heilig¹ resümiert europaweite Untersuchungen: „Schrumpfende Kundenzahlen machen den ländlichen Raum für Handels- und Dienstleistungsbetriebe weitgehend unattraktiv. Sie werden weiter in die regionalen Oberzentren oder gar die urbanen Verdichtungsräume abwandern. Der Dorfladen, der Friseur, das Wirtshaus, die Bank, der Bäcker im Dorf werden immer seltener werden.

Nicht anders wird es im Gesundheitssektor aussehen: ärztliche und zahnärztliche Nahversorgung und die Versorgung mit Arzneimitteln werden immer schwieriger werden, was wegen der Alterung der Bevölkerung besonders schmerzlich werden dürfte. Die Ausstattung mit (staatlicher) Infrastruktur wird in ländlichen Räumen mit schrumpfender und alternder Bevölkerung weiter abgebaut werden. Das Kernproblem ist die geringer werdende Auslastung bei gleichzeitig steigendem logistischem Aufwand. Dies gilt für den Post- und Paketdienst ebenso wie für die öffentliche Wasser- und Stromversorgung oder das Schulwesen. Die Anbindung mit Bussen und Bahnen wird ausgedünnt werden. Auch Gerichte und Verwaltungseinrichtungen des Staates müssen in regionalen Oberzentren zusammengelegt oder ganz geschlossen werden.“

2. Mikrosoziologie einer kleinräumigen Bevölkerungsschrumpfung

Seit 1993 lebe bin ich Dörfler an der absoluten Peripherie der Republik. Was hat sich in diesem guten Jahrzehnt getan?

- *Handels- und Dienstleistungsbetriebe:*

Der letzte Bäcker hat vor sieben Jahren aus Altersgründen seine Backstube geschlossen, unser Brot kommt aus Großbäckereien und wird über Filialen vertrieben, eine davon hat gerade aufgegeben. Von den drei dörflichen Lebensmittelläden hat einer überlebt und kämpft um seine Existenz, dafür gibt es inzwischen Filialen von Aldi und Lidl im Zentralort. Ebenfalls geschlossen haben der Schlachter und der örtliche Blumenladen – der Altarschmuck unserer Kirche kommt nun per Auto aus dem Nachbardorf. Zwei Friseure gibt es, einer hat sein Ladengeschäft aufgegeben und arbeitet im eigenen Haus. Allerdings ist auch Zuwachs zu verzeichnen: seit 8 Jahren hat unser Dorf eine eigene Tankstelle. Die Sparkassenfiliale ist nach wie vor geöffnet – halbtags, um 50% reduzierte Öffnungszeiten.

- *Medizinische Nahversorgung:*

Arzt und Zahnarzt sind im Ort – der Zahnarzt musste Insolvenz anmelden, sein Haus verkaufen und arbeitet nur noch für die Bank. Der Allgemeinarzt erzählt mir bei jedem Besuch, wie mühsam er die pro Quartal notwendigen Krankenscheine zusammenbringt. Er macht eifrig Hausbesuche – auf Anhieb fallen mir fünf über 90jährige Bürger ein, bei ca. 1600 Dauerwohnsitzen im Ort. Aufgegeben haben Tierärztin und Medikamentenausgabestelle; Arzneimittel muss man sich aus dem Nachbardorf holen oder bringen lassen.

- *Öffentliche Infrastruktur:*

Das Postamt ist längst geschlossen, die Poststelle nomadisiert zwischen Lebensmittelläden und Kerzenzieherwerkstatt; von ehemals acht Briefkästen existieren noch drei. Das öffentliche Hallenbad wurde abgerissen, kommunales Wasser- und Klärwerk sind an den regionalen Monopolisten verkauft, die Gemeindeverwaltung ist auf die Schwundstufe eines „Bürgerbüros“ reduziert – Bau-,

Sozial-, Ordnungs-, Meldeamt residieren in der zentralen Amtsverwaltung. Kindergarten und Grundschule sind im Dorf: der Kindergarten hat inzwischen seine Öffnungszeiten erweitert, die Schülerzahl der Grundschule ist von gut 80 Kindern auf jetzt knapp über 50 gesunken, eine Zusammenlegung mit dem Nachbarort wird diskutiert. Anfang 2003 porträtierte die Lokalzeitung unter dem Titel „Junge Familien zieht es verstärkt nach List“ zwei neu zugezogene Familien in meiner Nachbarschaft – inzwischen sind beide aus beruflichen Gründen wieder aufs Festland gegangen, in Stadt-Umland-Regionen. Der Dorffriedhof ist defizitär: die zur Refinanzierung notwendigen ca. 15 Beisetzungen pro Jahr werden nicht erreicht, 2005 waren es sieben.

- *Dörfliches Vereinswesen:*

Die Freiwillige Feuerwehr konnte vor zwei Jahren ihre Sollstärke nicht mehr halten, seitdem wird der Brandschutz von Dienstverpflichteten gewährleistet. Der jährlich von Sportverein, Schützenklub, Feuerwehr und Kegelclub veranstaltete Nachmittag für Senioren ist sang und klanglos eingeschlafen, ebenso der von allen Vereinen getragene Weihnachtsmarkt. Das sommerliche Hafenfest hat um den Preis seiner Kommerzialisierung überlebt – DRK mit Kaffee und Kuchen sowie Kirchengemeinde mit Open-Air-Gottesdienst sind immer noch dabei, statt der Vereine richten gastronomische Betriebe das Fest aus.

- *Kirchengemeinde:*

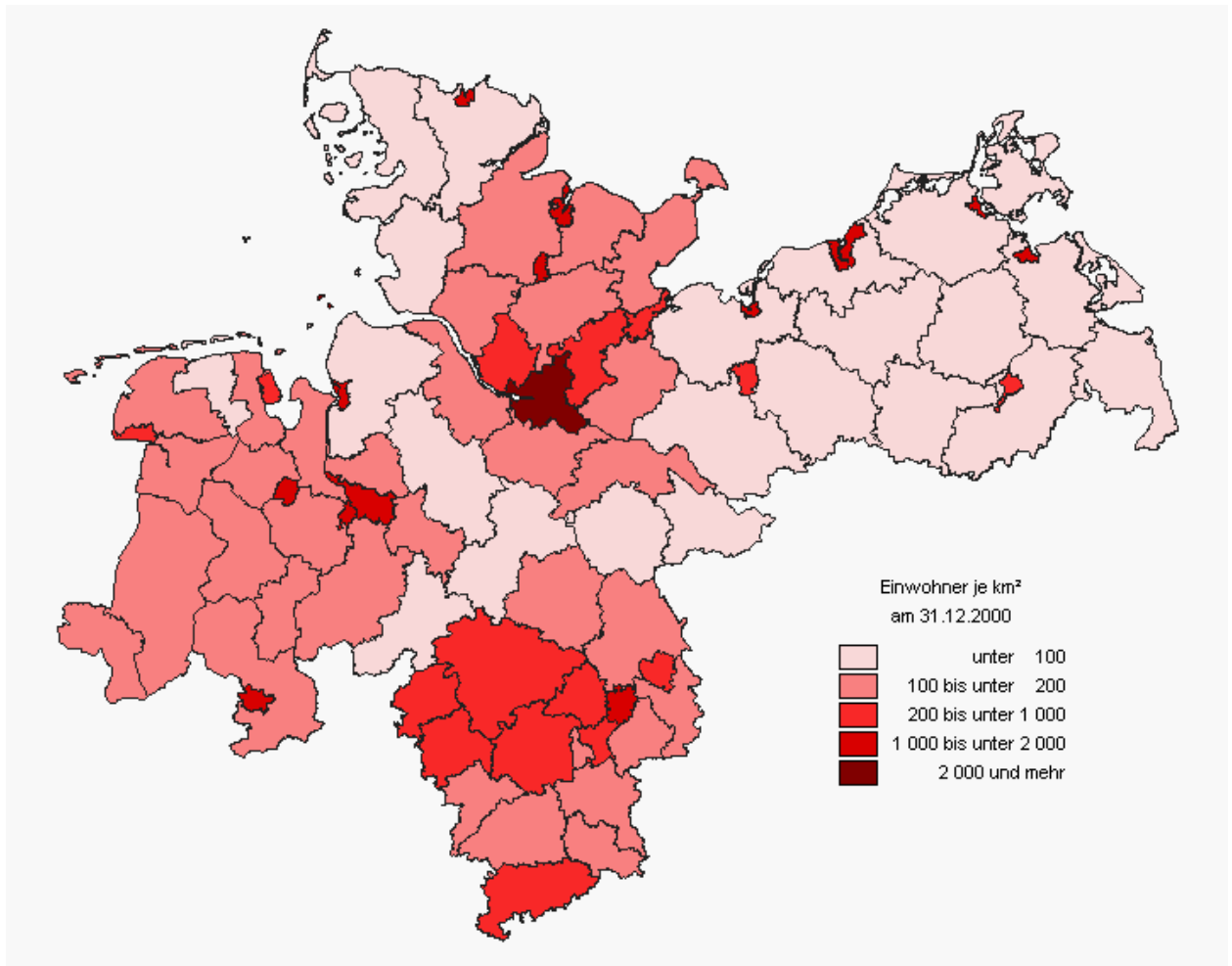
Natürlich wurden Mitarbeiterzahl und –stunden längst auf das Minimum abgebaut. Nebenamtlicher Organist, ein paar Hausmeister- und Putzstunden, halbe Friedhofsgärtnerin. Auch die Pfarrstelle ist „angeknabbert“, lässt sich nur durch weitere Dienstaufträge rechtfertigen, steht immer wieder zur Disposition.

Sicher: Das ist ein extremes Beispiel, hervorgerufen durch die Tatsache, dass der größte Arbeitgeber im Dorf (Bundesmarine) aus Rentabilitätsgründen seit 5 Jahren kontinuierlich Arbeitsplätze abbaut und Ende des Jahres den Betrieb ganz einstellt. Im selben Zeitraum wurden die Mietpreise für die große Zahl der Bundeswohnungen im Dorf kontinuierlich erhöht. List erlebt deshalb einen rapiden Strukturwandel mit massiver Abwanderung und setzt ganz auf den Wirtschaftszweig Tourismus: Sanierung des Hafengeländes, Ausbau der Wattenmeer-Promenade, Planung für ein Maritimes Erlebniszentrum, progressive Umwandlung von Miet- in Ferienwohnungen. Allerdings: die Hoffnungen auf einen großen Ersatz-Arbeitgeber durch Bau eines Touristenhotels haben sich bisher nicht erfüllt. Baubeginn und Inbetriebnahme wurden seit 5 Jahre immer wieder verschoben und sind jetzt auf 2007/2008 terminiert.

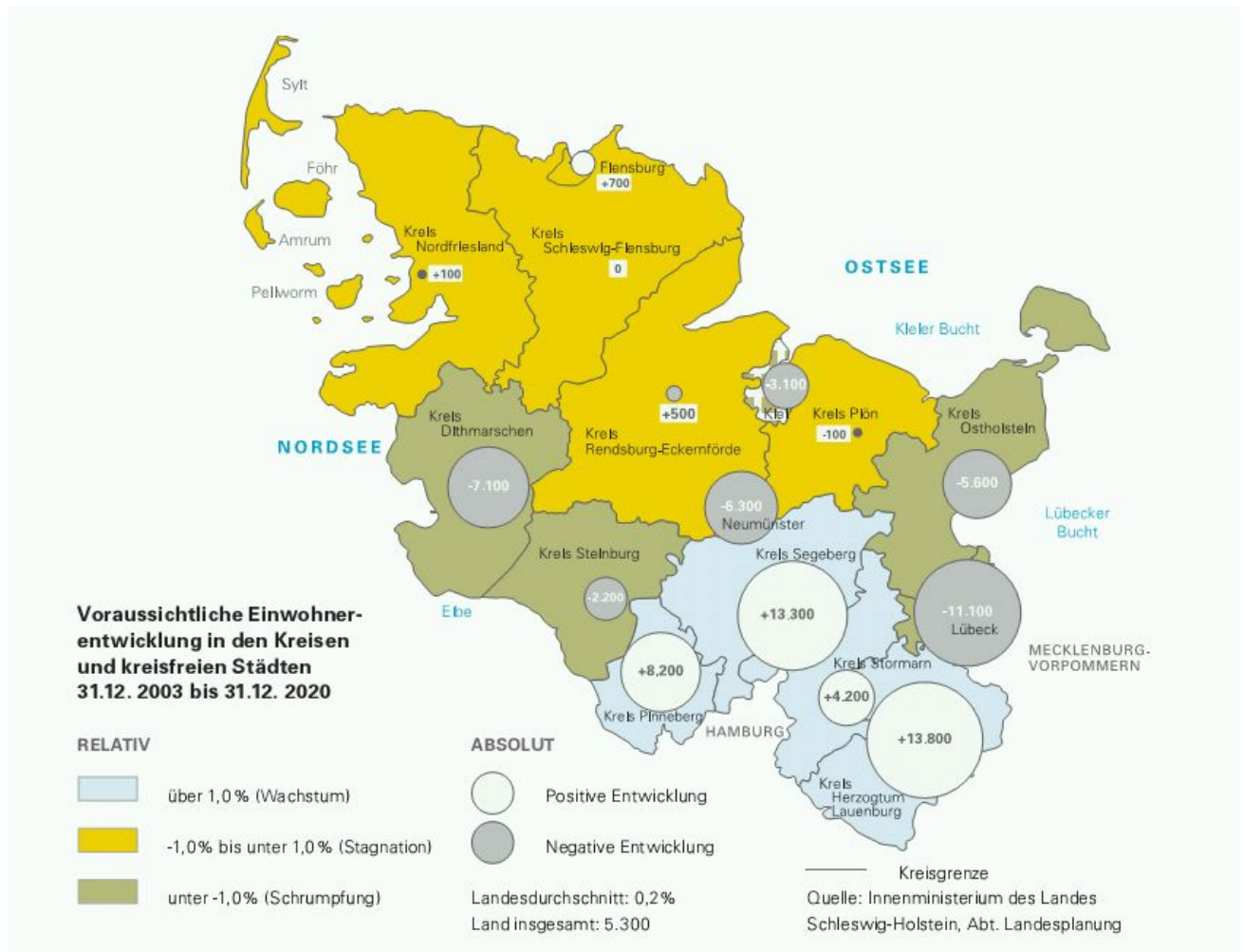
Noch einmal: das Beispiel ist vielleicht in mancher Hinsicht extrem. Aber es zeigt in mikroskopischer Vergrößerung Entwicklungsprozesse, die unsere Gesellschaft bestimmen: Schrumpfung, Ausdünnung, Alterung – regional verschärft durch ungünstige Standortfaktoren sowie die Logik fiskalischer und ökonomischer Interessen.

3. Makrosoziologische Szenarien

Ländliche Räume sind durch eine Siedlungsdichte < 100 Einwohner/qkm definiert; die Grafik des Statistikamtes Nord zeigt ihre Verteilung in den nördlichen Bundesländern.

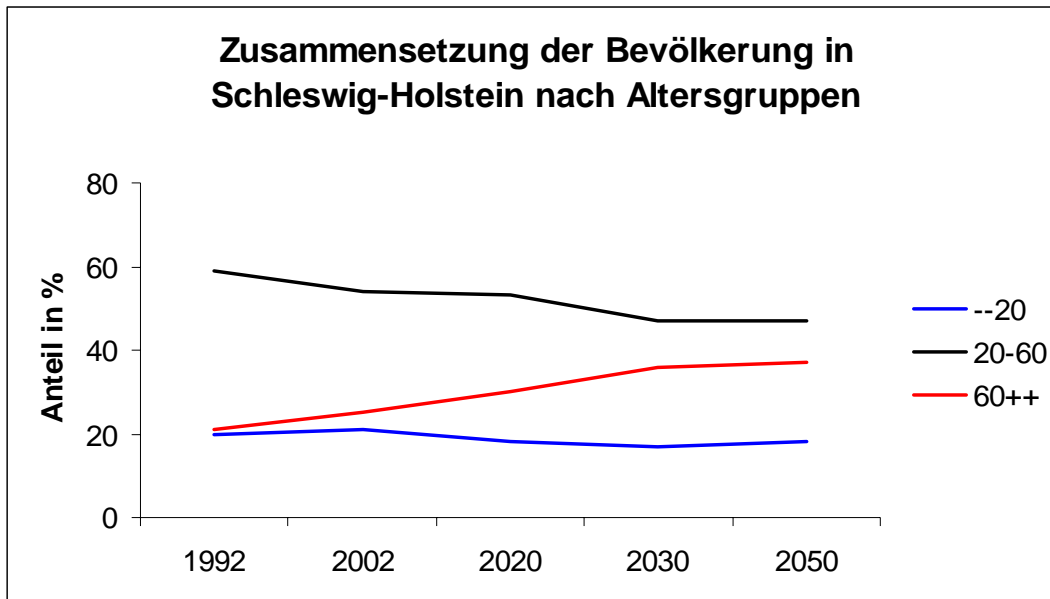


Die Zahl der Arbeitsplätze im Agrarsektor ist seit Jahrzehnten rückläufig. Wirtschaftlicher Strukturwandel prägt den ländlichen Raum, aus Bauern wurden Pendler. Verkehrstechnisch günstig gelegene Stadt-Umland-Gemeinden und Tourismusgebiete gehören zu den Gewinnern, die strukturschwache Peripherie (Mecklenburg-Vorpommern!) ist Verlierer und zeigt Entleerungstendenzen. Vor allem jüngere, mobile Bevölkerungsgruppen wandern ab. Dieser Trend, so die Mehrzahl der Analytiker, wird sich in absehbarer Zeit nicht umkehren; die Verknappung der „Ressource Mensch“ wird die jeweiligen Raumstrukturen unterschiedlich betreffen und weiter diversifizieren. Der jüngste Bericht der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung entwirft ein Szenario schrumpfender, stagnierender und wachsender Regionen im Zuge von Wanderungsbewegungen und demographischem Wandel.²



Demnach wird Schleswig-Holstein bis 2020 seinen Bevölkerungsverlust aus dem Sterbeüberhang durch Wanderungsgewinne gegenüber anderen Bundesländern und dem Ausland – Stichwort: „wir werden bunter ...“ - weitgehend kompensieren können. Wanderungsgewinner sind Hamburger Umlandkreise. Kernstädte wie Lübeck, Kiel und Neumünster sowie strukturschwache Gebiete (Dithmarschen, Kreis Steinburg, Ostholstein) verlieren Bevölkerung, in den übrigen Landesteilen stagniert sie.

Hinter dieser zunächst wenig aufregend wirkenden Bilanz verbirgt sich jedoch eine entscheidender qualitativer Faktor: die Verschiebung in der Altersschichtung der Bevölkerung mit den entsprechenden Konsequenzen für die materielle und soziale Infrastruktur der Kommunen und Kreise. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche erleben progressiv „Überkapazitäten“, umgekehrt wird der Mangel an altersgerechter Infrastruktur für ältere Mitbürger (Barrierefreiheit) immer spürbarer; das Thema „Wohnen und Mobilität im Alter“ ist das zentrale Thema von Infrastrukturplanung und Wohnungswirtschaft in den nächsten Jahrzehnten.



Quelle: Landesregierung Schleswig-Holstein, Innenministerium, Abt. Landesplanung

Bereits 2020 werden 30% der Wohnbevölkerung zur Altersgruppe 60+ gehören – 1992 waren noch 21%. In den Folgejahren wird sich dieser Anteil kontinuierlich erhöhen und 2050 bei fast 40% liegen – mit gravierenden Folgen für die Verteilung der strukturellen Mehrheiten im politischen Prozess: das Medianalter (50:50- Grenze) der Wählerschaft liegt schon heute bei 47 Jahren, in 2020 wird es 51 Jahre betragen³. Im Klartext: nichts wird mehr gehen gegen die Interessen älterer Menschen.

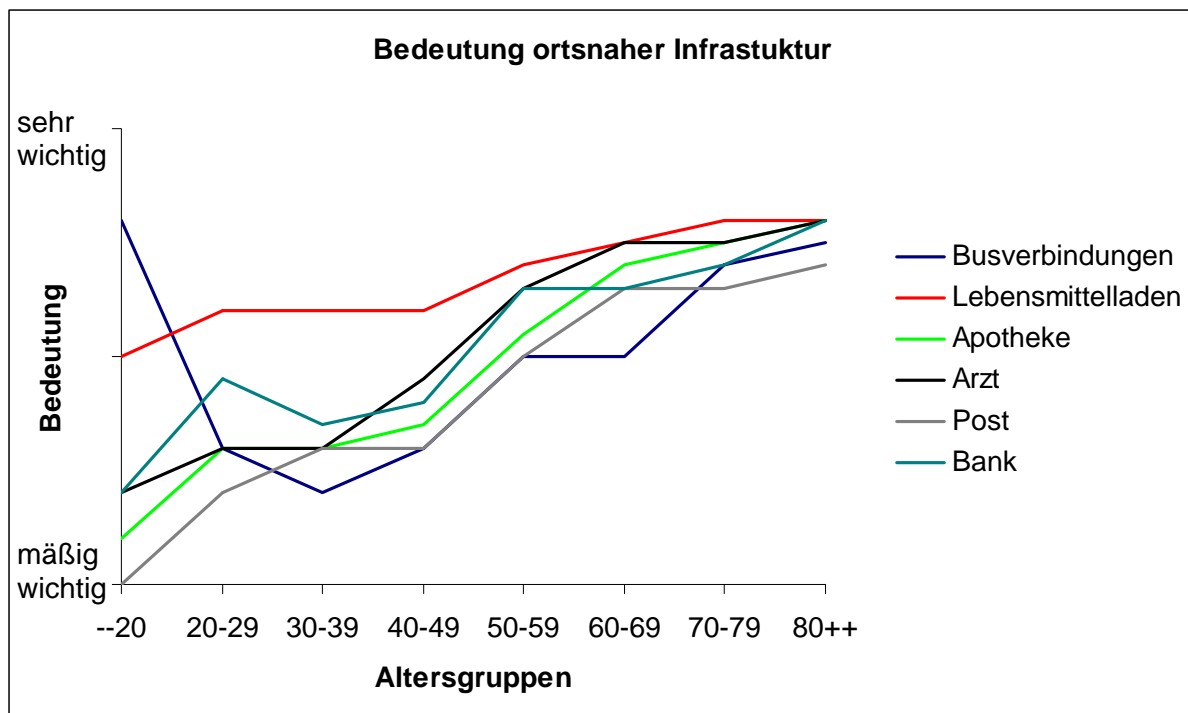
4. Das Dilemma - Rentabilität vs. Ortsnähe

Die Geographen Gans und Schmitz-Veltin⁴ bringen es in einer Untersuchung für die Saarländische Landesplanung nüchtern auf den Punkt: „Die Gemeinden stehen ... bei alternder Bevölkerung vor dem Dilemma, dass die Nahversorgung vor Ort immer dringlicher wird, die entsprechenden Einrichtungen jedoch tendenziell unrentabler werden. Die Alten von morgen lassen sich zwar nicht gleichsetzen mit den Alten von heute, Führerscheinquote und PKW-Verfügbarkeit werden gerade in den höheren Altersklassen deutlich ansteigen; dennoch wird auch in Zukunft die Mobilität älterer Menschen geringer sein als die jüngerer.“

Diese These lässt sich zuspitzen und weiterführen. Schrumpfung und Ausdünnung der Bevölkerung führt zu Rückkopplungsschleifen: reduzierte Infrastruktur verstärkt die Abwanderung, gesteigerte Abwanderung bedingt neue Einschnitte in die Infrastruktur.

„Dadurch kann eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt werden, die sich immer weiter verstärkt. Sinkende Einwohnerzahlen führen zu einer höheren Kostenbelastung, was wiederum zu weiterer Abwanderung und weiter steigenden Infrastrukturkosten je Nutzer führt.“⁵

Gans und Schmitz-Veltin⁶ stützen mit den Daten einer Haushaltsumfrage (n = 450) in einer ländlichen Region des Saarlandes ihre These von der steigenden Relevanz der Nahversorgung im Alter. Gefragt wurde nach der Bedeutung verschiedener Versorgungsbereiche vor Ort, die Skala reicht von „mäßig wichtig“ bis „sehr wichtig“. Das Ergebnis lässt die Korrelation klar erkennen.

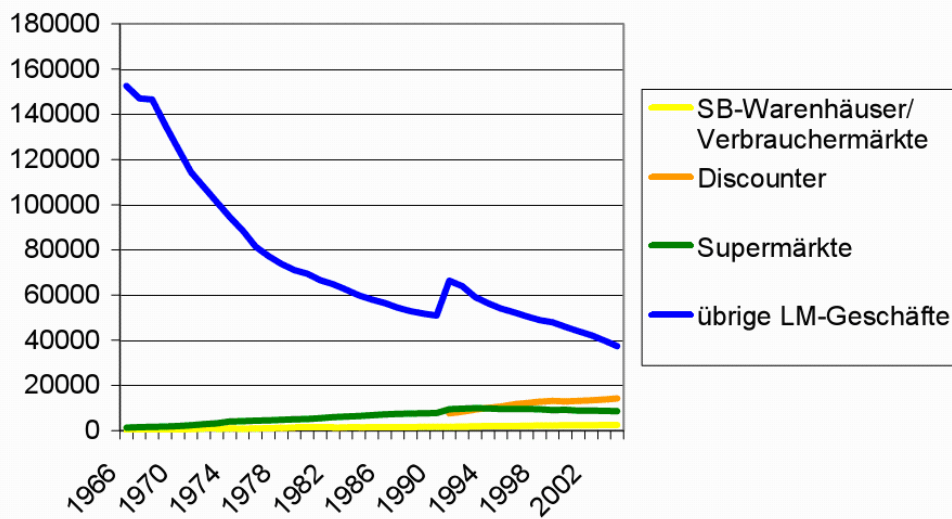


Mit einer Ausnahme steigen alle Grafen kontinuierlich an: bis zum Führerscheinalter sind auch Kinder und Jugendliche vom Angebot des ÖPV abhängig.

5. Konzepte und Reaktionen

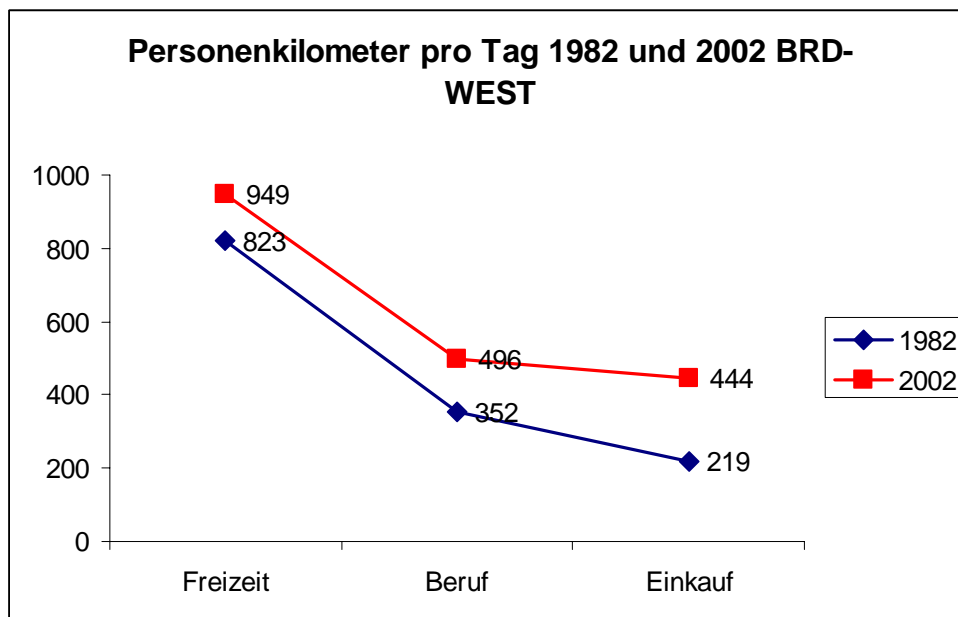
„Economies of Scale“ nutzen: Zusammenlegung, Fusion, Zentralisierung, Regionalisierung, interkommunale Zusammenarbeit – das sind die Stichworte und Instrumente, mit denen Wirtschaft und Politik, Verwaltung und Kirchenverwaltung reagieren. Selbstverständlich darf das Epitheton „Reform“ oder „Prozess“ unter PR-Gesichtspunkten dabei nicht fehlen. Optiert wird damit für Rentabilität, gegen Ortsnähe; Mobilität avanciert zum Allheilmittel – die Umweltbilanz des Individualverkehrs vergisst sich leicht. Der Faktor „Alterung der Bevölkerung = Bedeutungsgewinn von Nähe“ gerät dabei zunehmend aus dem Blick. Das Schicksal der ortsnahe Lebensmittelversorgung⁷ in ländlichen Räumen ist ein gutes Beispiel. Bei Standortentscheidungen von Lebensmittelketten oder Discountern werden gegenwärtig Einzugsgebiete von mindestens 6000 Einwohnern und Verkaufsflächen von mindestens 700 qm vorausgesetzt – schätzungsweise 8 Millionen Menschen in strukturschwachen Regionen der Bundesrepublik gelten deshalb inzwischen als unterversorgt mit Waren des täglichen Bedarfs.

Zahl der Lebensmittelgeschäfte nach Betriebsform 1966 – 2002



Quelle: IÖWF 2005, Abb. 4.1

Die klassischen kleinen Tante-Emma-Läden sind in den letzten 40 Jahren weitgehend verschwunden; man fährt zum Discounter auf der grünen Wiese – selbstverständlich mit dem Auto, wie sollte sonst der Wocheneinkauf transportiert werden? Entsprechend zugenommen hat die Verkehrsbelastung auch im ländlichen Raum: zum Berufspendeln⁸ gesellt sich das Einkaufspendeln.



Quelle: IÖWF 2005, Abb. 8.2

„1982 hatte der Einkauf zu Fuß bzw. per Fahrrad einen Anteil von 12 %, der ÖPV von 20 % und der MIV (Motorisierter Individualverkehr) demnach einen Anteil von 68 %. Im Jahre 2002 hat sich der Anteil des MIV auf ca. 80 % erhöht, so dass der ÖPV, der Einkauf zu Fuß und per Fahrrad zusammen nur noch einen Anteil von ca. 20 % ergeben.“⁹

In manchen Dörfern haben die Bewohner zur Selbsthilfe gegriffen. Lokale Bündnisse bewirtschaften den Dorfladen – überlebensfähig sind diese Projekte nur, weil ihre Betreiber

ein überdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement an dem Tag legen. Beobachtungen aus dem niedersächsischen 1.100-Seelen-Dorf Roringen sind typisch für die Situation: „Allein schon wegen der geringen Bestellmengen kann der Laden nicht mit den Angeboten der Supermärkte und Discounter der Stadt konkurrieren. Ein Liter Vollmilch kostet 77 Cent, das halbe Pfund Butter 1 Euro 39, ein Kilo Äpfel 1 Euro 99, ein Pfund Kaffee ab 3 Euro 90. «Ich weiß, dass der Laden nicht ganz billig ist», so die 79-jährige Elisabeth Jünemann. «Aber jetzt kann ich wenigstens wieder im Dorf einkaufen. Früher hat mir meine Tochter die Sachen aus Göttingen mitgebracht. Besonders im Winter war ich auf sie angewiesen, weil dann der Verkaufswagen häufig unregelmäßig kam und ich nicht in der Kälte warten konnte.» Neben der Möglichkeit, ihre Einkäufe selbst zu tätigen, erfüllt der Laden für die Seniorin noch eine ganz andere Funktion: «Es ist der einzige Ort im Dorf, wo ich noch Einwohner treffen und mit ihnen sprechen kann», so Frau Jünemann.¹⁰ Das Beispiel Lebensmittelversorgung verdeutlicht, welche Folgewirkungen die zwei gegensätzlichen Paradigmen gesellschaftlicher Entwicklung freisetzen: Konkurrenz, Konzentration und Globalisierung steht gegen Dezentralisierung, Partnerschaft und Nachhaltigkeit.¹¹

6. Und die Kirche?

Nähe schafft Vertrauen, Distanz entfremdet. Auch kirchliche Lebensformen und Strukturen unterliegen diesem Gesetz – gerade in ländlichen Räumen.¹² Die gegenwärtigen Rationalisierungsbestrebungen in unserer Kirche folgen notgedrungen der Rentabilitätslogik und destabilisieren damit einen Teil der eigenen Voraussetzungen. Abwärtsspiralen werden so weniger verhindert als beschleunigt. Nun ja: Auch Lemminge sehen den Abgrund, auf den sie zulaufen. „Größere Gemeinden mögen unter ökonomischem und administrativem Gesichtspunkt rational sein – unter dem Gesichtspunkt der Beheimatung und Beteiligung ihrer Mitglieder sind sie es kaum. Es gibt die Stärke des Lokalen auch im Zeitalter der Globalisierung. Dislozieren, nicht Zentralisieren könnte aus dieser Perspektive ein Reformimperativ sein. Denn die anschauliche, quasi anfassbare “Kirche vor Ort” spielt eine Schlüsselrolle im Bewusstsein ihrer Mitglieder – alles andere verblasst. In den nüchternen Zahlen der Demoskopie: Zwei von drei Bundesdeutschen, egal ob Evangelisch oder Katholisch, geben an, ihren Pfarrer/Pastor persönlich zu kennen. Aber den Namen von Bischof oder Landesbischof kennen gerade einmal 33%.“¹³ Ich kehre noch einmal in mein Dorf zurück. Beim Neujahrsempfang wurde unser Bürgermeister aus dem Amt verabschiedet; derselbe Bürgermeister, der während seiner Amtszeit durch ein massives „Outsourcing“ von Verwaltung und Versorgungsbetrieben den Gemeindehaushalt saniert hatte. In seiner Abschiedsrede dankte er auch der Kirchengemeinde für ihre engagierte Arbeit – und drückte ohne jede Ironie in der Stimme seine Hoffnungen aus, dass die Pfarrstelle doch möglichst lange vor Ort erhalten bleiben möge ...¹⁴

¹ Gerhard Heilig, „Ressource Mensch“ wird knapp, Agrarische Rundschau 2/2003, S. 29ff: S. 35.

² Schleswig-Holstein im demographischen Wandel. Ein Beitrag zur Diskussion. Hg: Landesregierung Schleswig-Holstein, November 2005 (www.landesregierung.schleswig-holstein.de), Grafik S.12.

³ Hans-Werner Sinn, Das demographische Defizit – Die Fakten, die Folgen, die Ursachen und Politikimplikationen, in: H. Birg (Hg.), Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, 2005, S. 53ff: S. 67.

⁴ Paul Gans und Ansgar Schmitz-Veltin, Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Gemeinden: Szenarien zu kleinräumigen Auswirkungen des demographischen Wandels, In: H. Birg, a.a.O., S.111ff: S. 122.

⁵ Siehe Fußnote 2, S.31.

⁶ Gans und Schmitz-Veltin, S. 122.

⁷ Zum Folgenden siehe: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖWF), Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum, Berlin Juni 2005.

⁸ „Seit der Übernahme der Marschbahnstrecke durch die Nord-Ostsee-Bahn (NOB) am 11. Dezember gilt ein neuer Fahrplan, so dass sich für einige Pendler die Zugverbindungen verschlechtert haben. (...) Da bis zum

Fahrplanwechsel keine Änderungen mehr möglich waren, hat die zuständige Landes-Servicegesellschaft (LVS) jetzt eine Übergangslösung gefunden: Für Reisende aus Richtung Norden, die um 6.56, 16.56 und 18.56 Uhr in Heide ankommen, stehen von sofort an Busse bereit. (...) Die zusätzlichen Busse zwischen Heide und Meldorf stehen bis Anfang April 2006 bereit. Wie es danach weitergeht, wird die NOB zusammen mit der LVS Schleswig-Holstein noch beraten.“ Sylter Rundschau, 14.12. 2005, NF-1.

⁹ Ebd., S. 83.

¹⁰ Günter Hoffmann, Für den täglichen Einkauf in den Dorfläden, Neue Zürcher Zeitung, 18.11.2005, S. 18

¹¹ Donella Meadows, Which Future? (1995/1996), download: <http://www.context.org/ICLIB/IC43/Meadows.htm>

¹² Wolfgang Pittkowski, Kirche im Stadt-Land-Gefälle, Nordelbische Stimmen 12/2004, S.6 ff.

¹³ Ebd., S.15.

¹⁴ Ich danke Eva Müller-Meernach, LEG Entwicklung GmbH Kiel, für ihre hilfreichen Hinweise.

Wolfgang Pittkowski, 26.1.2006

Wolfgang Pittkowski war Mitglied der Studien- und Planungsgruppe der EKD, ist Gemeindepastor in List/Sylt sowie Öffentlichkeitsbeauftragter im Kirchenkreis Südtondern. Sein Beitrag „Konfessionslose in Deutschland“ ist gerade erschienen in: Wolfgang Huber u.a. (hg.), Kirche in der Vielfalt der Lebensbezüge, 2006